

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke

Flughafenkonzept für Berlin umsetzen – Nachnutzung für Tempelhof und Tegel zügig konkretisieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Neuordnung der Berliner Flughäfen mit dem Ziel der Konzentration des gesamten Flugverkehrs auf den Standort Schönefeld umzusetzen. Der Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI) als Single-Standort für die Region ist von herausragender wirtschafts- und verkehrspolitischer Bedeutung. Deshalb ist weiterhin alles zu unterlassen, was den rechtlichen Bestand der Planfeststellung für den Standort Schönefeld in Frage stellen könnte. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die beschlossenen Landesentwicklungspläne als den gesetzlichen Grundlagen der Planfeststellung für BBI.

Die innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof werden im Zuge des Ausbaus von BBI für jeglichen Flugbetrieb geschlossen und deren planungsrechtlichen Festlegungen werden aufgehoben. Der Betrieb auf dem Flughafen Tempelhof wird zum 31.10.2008 eingestellt, der Betrieb in Tegel endet spätestens ein halbes Jahr nach Inbetriebnahme des BBI.

Der Senat wird aufgefordert, für das Gelände des bisherigen Flughafens Tempelhof ein Nachnutzungskonzept zu entwickeln und dem Abgeordnetenhaus zur Beratung vorzulegen. Dabei ist die stadtklimatische Funktion der Freifläche als Kaltluftentstehungsgebiet zu erhalten. Die bisher erstellten Konzeptstudien sind mit einzubeziehen.

Für den Bereich des Flughafens Tegel sind die im Planwerk Westraum festgeschriebenen Entwicklungslinien fortzuführen und zu konkretisieren.

Die Konzeptentwicklung für beide Standorte soll auf einem breiten öffentlichen Diskussionsprozess unter Einbeziehung der unmittelbar angrenzenden Bezirke, der Bevölkerung Berlins und

aller gesellschaftlichen Kräfte beruhen, die aus historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen ein Interesse an der Zukunft dieser Standorte haben. Zudem ist eine internationale Ideenwerkstatt zur Ausgestaltung der Konzepte einzurichten.

Der Senat wird aufgefordert, weiterhin mit der Landesregierung Brandenburg gemeinsam Sorge dafür zu tragen, dass die Luftverkehrskonzeption für die Region umgesetzt wird und keine Konkurrenzstandorte zum BBI in Brandenburg genehmigt werden.

Begründung

Nachdem dem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg steht fest, dass der Flughafen Tempelhof im Jahr 2008 geschlossen wird. Zur Fortführung der vereinbarten Flughafenplanung mit Aufgabe der innerstädtischen Standorte Tempelhof und Tegel gibt es keine rechtlich und wirtschaftlich gangbare Alternative. Zudem sprechen stadtpolitische Gründe und der Schutz der Berliner Bevölkerung vor Lärm- und Luftbelastung und den Sicherheitsrisiken des Luftverkehrs gegen einen weiteren Betrieb der beiden Standorte.

Insbesondere für den Standort Tempelhof hat die Landespolitik die Aufgabe, die außergewöhnlichen Möglichkeiten einer innerstädtischen Freifläche von Ausmaßen, für die es in keiner anderen europäischen Großstadt auch nur annähernd Vergleiche gibt, im Interesse Berlins zu gestalten. Angesichts der außerordentlichen Bedeutung dieser Fläche für das Stadtklima und den innerstädtischen Luftmassenaustausch sind mögliche Nutzungen mit den ökologischen Erfordernissen in Übereinstimmung zu bringen. Die bisherigen Entwürfe der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung definieren die Parameter für mögliche Nutzungen aus den Bereichen Freizeitgestaltung, Wirtschaft, Wohnen und Ökologie. Angesichts der außergewöhnlichen stadtenwicklungspolitischen Bedeutung müssen jetzt alle gesellschaftlichen Kräfte in die Diskussion über die Zukunft des Standortes eingebunden werden.

Auch für Tegel muss die spätere Nutzung den gesamtstädtischen Interessen Berlins untergeordnet werden. Die Entwicklung diesbezüglicher Konzepte, Beurteilungskriterien und Nutzungsanforderungen kann nicht erst mit Schließung einsetzen, sondern bedarf eines längeren Zeitraumes, um Chancen zu identifizieren, Interessenten zu gewinnen und nötige Planungsvoraussetzungen zu schaffen.

Berlin, den 17. April 2007

Müller Gaebler Haußdörfer Hildebrandt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Matuschek Dr. Flierl
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion